

Einschätzung der 6. Direktwahl zum Europäischen Parlament

Inhalt

- 1) Ergebnisse und Schlussfolgerungen auf europäischer Ebene
- 2) Ergebnisse und Schlussfolgerungen für die Bundesrepublik Deutschland
 - 2.1) Generelle Aussagen
 - a) Themen des Europawahlkampfes
 - b) Differenz zwischen Ost und West
 - c) Wahlbeteiligung/Wahlentscheidung
 - d) Strukturunterschiede Stadt-Land
 - e) Stimmabgabe nach Bildungsstand und Berufsgruppen
 - f) Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht
 - 2.2) SPD
 - 2.3) Union
 - 2.4) Grüne
 - 2.5) FDP
- 3) Die PDS und die Europawahl 2004

1) Ergebnisse und Schlussfolgerungen auf europäischer Ebene

Die Beteiligung an den Europawahlen hat im Durchschnitt der 25 Mitgliedsstaaten bei 45% gelegen. In den alten 15 Mitgliedsländern beteiligten sich bis 20.00 Uhr mit 47,7% etwas mehr BürgerInnen als im EU-Durchschnitt, in den neuen Ländern war die Wahlbeteiligung mit weniger als 30% jedoch ausgesprochen gering. 1999 hatten sich an der Europawahl noch 49,8% der BürgerInnen beteiligt.

Tab. 1: Ergebnisse der europäischen Linksparteien im Verhältnis 2004 zu 1999

Land	Linkspartei	Europawahl 2004		Europawahl 1999		Differenz in %
		in %	Mandate	in %	Mandate	
Dänemark	Sozialistische Volkspartei (SFU)	7,9	1	7,1	1	0,8
	Volksbewegung gegen EU	5,2	1	7,3	1	-2,1
Deutschland	PDS	6,1	7	5,8	6	0,3
Finnland	Linksallianz (VAS)	9,1	1	9,1	1	+0
Frankreich	Kommunistische Partei (PCF)	5,2	3	6,8	6	-1,6
Griechenland	Kommunistische Partei (KKE)	9,3	3	8,7	3	0,6
	Linkskoalition (SYN)	4,0	1	5,2	2	-1,2
Italien	Kommunistische Partei (PdCI)	2,4	2	2,0	2	0,4
	Kommunistische Partei (RC)	6,1	5	4,3	4	1,8
Niederlande	Sozialistische Partei (SP)	7,0	2	5,0	2	2,0
Portugal	Kommunistische Partei (PCP)	9,2	2	10,3	2	-1,1
Schweden	Linkspartei (V)	12,8	2	15,8	3	-3,0
Spanien	Vereinigte Linke/Grüne (IU)	4,2	2 (1)*	5,8	4	-1,6
Tschechien	Kommunistische Partei (KSCM)	20,3	6	-	-	20,3
Zypern	Progressive Arbeiterpartei (AKEL)	27,8	2	-	-	27,8

39

*Ausweislich der EP-Angaben entsendet die IU je ein Mitglied in die Linksfraktion und die Grüne Fraktion.

Die Linksfraktion wird im kommenden EP mit 39 Mitgliedern nach Konservativen (278), Sozialdemokraten (199), Liberalen (67) und Grünen (41) die fünfthöchste Fraktion.

Die Mehrheitsbildung wird im neuen europäischen Parlament nicht einfacher werden, was unter anderem an den starken Wahlerfolgen der EU-skeptischen Parteien liegt, die insbesondere in den osteuropäischen Beitrittsländern sowie in Skandinavien und Großbritannien massive Erfolge verbuchen konnten. Ebenfalls mit sehr guten Ergebnissen gingen Kritiker der EU-Spesenpolitik in Österreich und den Niederlanden aus den Wahlen hervor. Diese beiden Listen kritisieren jedoch nicht das Gesamtprojekt EU bzw. fordern den Austritt ihres Landes aus der EU wie die UK Independent-Liste, die in Großbritannien auf Anhieb ein zweistelliges Ergebnis verbuchen konnte.

Mit Ausnahme von Spanien und Griechenland, in denen vor kurzem erst Nationalwahlen stattgefunden haben, wurden in allen EU-Mitgliedsländern die Europawahlen genutzt, um den regierenden Parteien einen Denkkzettel zu verpassen. Unabhängig davon, ob konservativ-liberale oder sozialdemokratisch geführte Regierungen, die Opposition konnte vielfach wesentlich zulegen bzw. ihre Wahlergebnisse der 1999er Wahl stabilisieren. In Österreich verlor die FPÖ Haiders dreiviertel ihrer Stimmenanteile und vier ihrer bislang fünf Mandate. Sie verlor damit überdurchschnittlich stark gegenüber der ÖVP.

Mit den Grünen in Deutschland gelang es nur einer Koalitionspartei, dem Trend der Regierung zu trotzen und bei den Wahlergebnissen zuzulegen.

Das Ergebnis der Konservativen hat nach Aussage des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament, Hartmut Nassauer, Auswirkungen auf die anstehende Wahl des EU-Kommissionspräsidenten und den deutschen EU-Kommissar Verheugen. Nach Auffassung Nassauers müssten sowohl der Kommissionspräsident als auch der deutsche EU-Kommissar von den Konservativen bzw. Christdemokraten gestellt werden, um Rückhalt im Parlament zu haben.¹

2) Ergebnisse und Schlussfolgerungen für die Bundesrepublik Deutschland

Für diese Analyse wurden die bislang vorliegenden Einschätzungen von Infratest-Dimap, der Forschungsgruppe Wahlen, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der SPD und des Landeswahlleiters Berlin zugrunde gelegt.

Tab. 2: Amtliches Endergebnis ausgewählter Parteien bei der Europawahl 2004

Sachverhalt	Europawahl 2004		Europawahl 1999		Differenz in %
	Stimmzahl	in %	Stimmzahl	in %	
Wahlberechtigte	61.650.330		60.786.904		
Wähler	26.525.514	43.0	27.468.932	45.2	-2.2
Ungültige	744.741	2.8	409.659	1.5	1.3
Gültige	25.780.773	97.2	27.059.273	98.5	-1.3
CDU	9.412.009	36.5	10.628.224	39.3	-2.8
SPD	5.549.243	21.5	8.307.085	30.7	-9.2
CSU	2.063.564	8.0	2.540.007	9.4	-1.4
GRÜNE	3.078.276	11.9	1.741.494	6.4	5.5
PDS	1.579.693	6.1	1.567.745	5.8	0.3
FDP	1.565.000	6.1	820.371	3.0	3.1
DKP	37.231	0.1	-	-	0.1

Quelle: Bundeswahlleiter

2.1) Generelle Aussagen

Die SPD hat am Wahlsonntag gleich zweimal historische Niederlagen eingefahren: Sowohl bei der Europawahl als auch bei der gleichzeitig stattfindenden Landtagswahl in Thüringen wurde der Tiefpunkt von 1999 unterboten. Die Union konnte bei der Europawahl ihr starkes Ergebnis von vor 5 Jahren nicht ganz erreichen, ist aber nun doppelt so stark wie die SPD.

Gewinner der Europawahl sind alle drei kleinen Parteien. Überraschend ist das Abschneiden der PDS: sie legt weiter zu und zieht erneut in das Europaparlament ein (Infratest, 2004: 1).

a) Themen des Europawahlkampfes

Im Unterschied zur Europawahl 1999, bei der über die Einführung der Euro-Währung und den Einsatz der Bundeswehr im Kosovo diskutiert wurde, gab es in diesem Wahlkampf keine europapolitischen Themen. Die EU-Osterweiterung, die potentielle Aufnahme der Türkei in die EU oder der europäische Verfassungsentwurf haben keinen Eingang in den Wahlkampf gefunden – statt dessen wurde er – mit Ausnahme von den Grünen – als innenpolitischer Walkampf gestaltet (KAS 2004: 1). So überrascht es nicht, dass gut 60% der befragten Wähler am Wahlsonntag nach Angaben von Infratest-Dimap angaben, sie ließen sich bei ihrer Stimmabgabe von bundespolitischen Aspekten leiten, dagegen standen nur für etwa 35% europapolitische Erwägungen im Vordergrund. Laut der Forschungsgruppe Wahlen nannten 51% für ihre Wahlentscheidung zuerst bundespolitische Motive und 43% europapolitische Gründe. Unter diesen Umständen entwickelte sich die Europawahl zu einem Test für die aktuelle Bundespolitik, so dass das bereits seit Monaten zu beobachtende bundespolitische Stimmungsbild letztlich auch an der Wahlurne sichtbar wurde.

Die von Europa weitgehend abgekoppelte Wahlentscheidung spiegelt sich nach Auffassung der Adenauer-Stiftung auch in den für die Entscheidung wichtigen Themen wider. Benannt werden von:

- 78% die AusländerInnen- und Zuwanderungspolitik,
- 74% die Haltung der Parteien zu den Reformen des Sozialsystems
- 73% den Irak-Krieg.

b) Differenz zwischen Ost und West

Trotz ähnlich hoher Wahlbeteiligung in Ost und West unterscheidet sich das Ergebnis der Parteien in den alten und neuen Bundesländern deutlich: Während die PDS in den ostdeutschen Ländern auf 25.1% kommt, liegt ihr Ergebnis im Westen immer noch nur bei 1.7%. Die PDS ist im Osten zweitstärkste Partei nach der CDU, die dort 34.2% erhält. Die Union kommt im Westen auf 46.9% und ist dort doppelt so stark wie die SPD, die 22.9% erreicht. Die SPD landet in den neuen Bundesländern, nachdem sie dort die Bundestagswahlen 2002 gewonnen

¹ dpa-Meldung vom 14.06.2004

hatte, abgeschlagen auf Platz 3 mit 15.6%. Die Grünen können im Westen stark zulegen und erhalten 13.2%, sind im Osten jedoch nur halb so stark mit 6.7%.

Die Annahme, dass sich im Osten Deutschlands seit 1990 ein stabiles Dreiparteiensystem herausgebildet hat, muss möglicherweise korrigiert werden. Bislang haben SPD, CDU und PDS zusammen weit über 80% der Stimmen gebunden und wenig Raum für Grüne bzw. FDP gelassen. Es zeigt sich jedoch, dass zumindest bei überregionalen Wahlen auch FDP und Grüne in relevantem Maße Stimmen in Ostdeutschland gewinnen können, während dies umgekehrt der PDS nicht in gleichem Maße gelingt (Hoff 2002: 5).

c) Wahlbeteiligung/Wahlentscheidung

Für die Wahlbeteiligung zeigen sich demgegenüber sehr unterschiedliche Entwicklungen. Im Schnitt ist die Beteiligung gesunken, in den neuen Bundesländern stärker als in den alten. Dort, wo parallel noch andere Wahlen stattfanden, lag die Wahlbeteiligung über dem Durchschnitt. In den drei westdeutschen Ländern, in denen die WählerInnen am 13. Juni 2004 auch zu Kommunalwahlen aufgerufen waren (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland), lag die Wahlbeteiligung zwischen 53 und 58% und damit um 18% höher als in den übrigen westdeutschen Ländern (zwischen 35% und 40%). Allein in Baden-Württemberg nahmen mehr Bürgerinnen und Bürger an der Europawahl 2004 teil als 1999.

In den ostdeutschen Ländern bildet Brandenburg mit 27% das Schlusslicht. Das Beteiligungsniveau bewegt sich zwischen 42 und 46% - der Kommunalwahleffekt kam in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt zwar auch zum Tragen, wenn auch auf niedrigerem Niveau.

Die Wahlentscheidung wurde von vielen Wählerinnen und Wählern relativ kurzfristig gefällt. Deutlich mehr als die Hälfte der WählerInnen (57%) gaben an, sich innerhalb der letzten Wochen oder Tage für ihre Partei entschieden zu haben, wobei sich knapp ein Viertel (24 %) erst unmittelbar am Wahltag festlegte. Mehr als jeder Sechste (18%) entschied sich während der letzten Tage und weitere 15% während der letzten drei Wahlkampfwochen. Bei 40% der WählerInnen stand die Entscheidung bereits länger fest und immerhin 14% bezeichnen sich als StammwählerInnen.

Bei der Union entschieden sich jeweils rund 50% kurz- bzw. langfristig. Bei der SPD überwiegen die kurzfristigen WählerInnen, doch immerhin 44% wussten um ihre Entscheidung schon länger bzw. sind StammwählerInnen. Die Freidemokraten konnten ihre Klientel fast ausschließlich kurz vor der Wahl mobilisieren: 69% entschieden sich unmittelbar am Wahltag bzw. in der heißen Wahlkampfphase.

Bei der PDS und den Grünen sah es nicht wesentlich anders aus: 58% (PDS) bzw. 63% (Grüne) entschieden sich erst am Wahltag für die demokratischen SozialistInnen bzw. die Ökopartei.

d) Strukturunterschiede Stadt-Land

Die Wahlergebnisse zeigen eine deutliche Diskrepanz zwischen Stadt und Land. Wie bereits bei der Bundestagswahl schneidet die Union außerhalb der Städte und Metropolen am besten ab. Bei den Landwirten erhält sie die meisten Stimmenzuwächse. Für die Grünen hingegen sind die urbanen Rahmenbedingungen genau der ideale Stimmenhumus. Die Sozialdemokratie verliert sowohl in Stadt und Land – hier sind statt dessen die geringen Unterschiede auffällig. Andererseits muss sie in einzelnen Ballungsräumen besonders starke Verluste hinnehmen: dem Raum Hamburg, der Region Berlin und dem Ruhrgebiet.

e) Stimmabgabe nach Bildungsstand und Berufsgruppen

Bei den Bildungsgruppen lassen sich deutliche Unterschiede zwischen den beiden Volksparteien und den drei kleineren Parteien feststellen. SPD und CDU haben ihren stärksten Rückhalt bei den Wählerinnen und Wählern mit einfacher Schulbildung.

Allen drei im Bundestag vertretenen Kleinparteien (Grüne, FDP, PDS) ist gemeinsam, dass sie von formal Höhergebildeten besonders unterstützt wurden. Knapp 40% von ihnen entschieden sich für eine von ihnen – bei formal Geringgebildeten waren es nur 15%. Letztere setzen maßgeblich auf die Volksparteien, insbesondere auf die Union (mit absoluter Mehrheit).

Tab. 3: Stimmenergebnisse nach Bildungsstand und Berufsgruppen im Verhältnis 2004 zu 1999 (in %)

Alter/Geschlecht	CDU/CSU		SPD		Grüne		PDS		FDP	
	in %	Differ.	in %	Differ.	in %	Differ.	in %	Differ.	in %	Differ.
Endergebnis	44,5	-4,2	21,5	-9,2	11,9	+5,5	6,1	+0,3	6,1	+3,1
Bildungsstand*										
Hoch	36	-7	18	-7	22	+9	7	-2	8	+4
Mittel	46	-5	21	-8	9	+5	6	+1	6	+3
Niedrig	51	±0	25	-12	4	+2	5	+2	4	+3
Tätigkeit										
Arbeiter	43	-1	22	-16	7	+4	8	+2	5	+3
Angestellte	40	-5	22	-9	17	+8	5	-2	7	+4
Beamter	37	-7	23	-7	21	+9	4	±0	7	+3
Selbständig	46	-11	10	-6	21	+11	3	-2	14	+6
Landwirt	80	+17	10	-4	4	-4	5	-2	±0	-1
Rentner	51	-1	26	-9	4	+2	7	+1	5	+2
in Ausbildung	31	13	19	-6	24	+10	6	±0	9	+5
Arbeitslos	29	-8	17	-15	12	+5	16	+2	6	+6
Gewerkschaft										
Mitglieder	34	±0	32	-12	12	+5	9	±0	3	+1
Nichtmitglieder	46	-6	19	-8	13	+6	6	+1	7	+3
Konfession										
Evangelisch	42	-4	29	-8	12	+5	3	+1	7	+3
Katholisch	59	-4	15	-9	11	+5	1	±0	5	+3
Keine	27	-5	20	-10	15	+7	18	+18	6	+3

* Hoch= Abitur/Hochschule/Universität; Mittel= Mittel- und Realschule; Niedrig= kein Abschluss/Volks- und Hauptschule
Quelle: Infratest-Dimap

f) Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht

Bei den Bundestagswahlen 2002 wurde der rot-grüne Wahlsieg von den Frauen, insbesondere in Ostdeutschland gesichert. Bei den Europawahlen 2004 schneidet rot-grün im Frauen-Männer-Verhältnis gegenüber schwarz-gelb zwar immer noch besser ab (rot-grün: 35 zu 32%; schwarz-gelb: 52 zu 49%), doch liegt die Union bei allen Bevölkerungsgruppen auf Platz 1. Insgesamt bestätigt sich jedoch der Trend, dass Frauen und insbesondere junge Frauen links von der Mitte wählen.

Tab. 4: Stimmenergebnisse nach Geschlecht und Altersgruppen im Verhältnis 2004 zu 1999 (in %)

Alter/Geschlecht	CDU/CSU		SPD		Grüne		PDS		FDP	
	in %	Differ.	in %	Differ.	in %	Differ.	in %	Differ.	in %	Differ.
Endergebnis	44,5	-4,2	21,5	-9,2	11,9	+5,5	6,1	+0,3	6,1	+3,1
Männer/Frauen										
18-24	38	-9	16	-9	18	+9	6	±0	8	+4
25-34	40	-4	17	-11	17	+6	5	-1	9	+5
35-44	38	-4	19	-12	20	+8	6	-1	6	+4
45-59	41	-9	22	-10	14	+9	7	+1	6	+3
60 und älter	53	-2	25	-8	4	+3	6	+1	5	+2
Männer										
18-24	41	-7	17	-9	16	+9	5	-1	8	+5
25-34	43	-3	16	-12	14	+4	4	-1	12	+8
35-44	40	-3	17	-14	17	+8	6	-1	8	+5
45-59	42	-7	22	-9	12	+7	7	+1	7	+4
60 und älter	50	-3	26	-7	4	+3	6	±0	5	+2
Männer gesamt	45	-4	21	-9	11	+5	6	±0	7	+4
Frauen										
18-24	35	-11	16	-10	20	+10	7	±0	7	+4
25-34	38	-6	18	-9	20	+7	5	-1	6	+3
35-44	35	-4	20	-11	23	+9	5	-2	5	+2
45-59	39	-10	22	-9	17	+11	7	+1	4	+1
60 und älter	55	±0	24	-9	5	+2	7	+2	5	+2
Frauen gesamt	44	-4	22	-9	13	+6	6	+1	5	+2

Quelle: Infratest-Dimap

Bei der Stimmabgabe nach dem Alter bestätigen die Europawahlen bereits seit einiger Zeit feststellbare Trends:

- Der Stimmenanteil der Union nimmt mit dem Alter der WählerInnen zu.
- Die Stimmenunterschiede der SPD liegen unterhalb der Union, haben sich im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 jedoch deutlich vergrößert. Im September 2002 lag die SPD in allen Altersgruppen zwischen 37,1 und 38,8%. Nunmehr klafft eine Lücke von 9% zwischen den 18- und über 60jährigen.
- Die einst alte FDP ist zu einer jugendlichen Partei geworden. In den Altersgruppen der 18- bis 34jährigen liegt sie 2-3% über ihrem Gesamtwahlergebnis.
- Die Grünen können ihr Niveau gegenüber der Bundestagswahl steigern – unter Beibehaltung der Altersdifferenzen. Noch immer erreichen sie in der Altersgruppe der über 60jährigen ein Ergebnis von unter 5%.
- Die PDS hat wie bei der Bundestagswahl 2002 ein relativ ausgeglichenes Stimmenergebnis und erreicht ihre höchsten Stimmergebnisse bei den 45- bis 59jährigen.

Wer Alter und Geschlecht miteinander kombiniert, wird feststellen, dass die Grünen den größeren Koalitionspartner bei den Frauen unter 45 Jahren kontinuierlich überflügeln und ihn auf Platz 3 der Parteienskala verweisen. In dieser Altersgruppe verliert die SPD am stärksten, jedoch noch mehr bei den Männern als bei den Frauen. Im Unterschied zur Bundestagswahl 2002 gelingt es der Union beim Europa-Elektorat erstmals seit langer Zeit wieder, bei den Frauen – wenn auch nur bei denen über 60 Jahre – das höchste Stimmenergebnis zu erreichen. Die PDS kann Frauen besser mobilisieren als Männer und zwar insbesondere die jungen Frauen sowie die Frauen ab 45 bis über 60 Jahre.

g) WählerInnenwanderung

Die SPD-Niederlage ist eine Kumulation aus geringer Mobilisierung der eigenen WählerInnenschaft und dem Verlust von rund 2,2 Mio. WählerInnen an andere Parteien. Der größte Teil an die Union, doch auch die Grünen können sich über 440.000 neue WählerInnen freuen. Bei der PDS kommen immerhin 240.000 Ex-sozialdemokratische WählerInnen an. Seit der Bundestagswahl 2002 büßt die SPD 18,5 Mio. WählerInnen ein.

Tab. 5: WählerInnenwanderung im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 – in Tausend

	CDU/CSU	SPD	Grüne	PDS	FDP
CDU/CSU		-880.000	-40.000	100.000	-50.000
SPD	880.000		440.000	240.000	70.000
Grüne	40.000	-440.000		140.000	-60.000
PDS	-100.000	-240.000	-140.000		-70.000
FDP	50.000	-70.000	60.000	70.000	
Sonstige	-450.000	-540.000	-140.000	-30.000	-170.000
Nichtwähler	-7.110.000	-10.470.000	-1.280.000	-820.000	-1.680.000
Saldo	-6.970	-12.960.000	-1.030.000	-330.000	-2.000.000

Quelle: Infratest-Dimap

Die Grünen gewannen von der SPD, müssen jedoch in relevantem Maße Stimmen an die PDS abgeben, die insgesamt 380.000 Stimmen aus dem rot-grünen Lager erhält. Dies sind immerhin 24,5%, also knapp ein Viertel der Gesamtstimmenzahl für die demokratischen Sozialisten.

Im Mittelpunkt des innenpolitisch orientierten Wahlkampfes standen wie bereits 1999 ökonomische und Gerechtigkeitsthemen. Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik werden mit 59% am häufigsten genannt, danach folgt für ein Drittel die Thematik Soziale Gerechtigkeit. Nur 15% hielten Außen- und Sicherheitspolitik sowie den EU-Beitritt für wahlentscheidend.

Bezogen auf die Parteien, bestätigen sich bereits lange bekannte Trends. Die UnionswählerInnen konzentrieren sich auf die Wirtschaftspolitik, gefolgt von der Arbeitsmarktpolitik. Erst auf Platz 3 kommt die soziale Gerechtigkeit.

Bei den sozialdemokratischen WählerInnen wiederum nimmt die soziale Gerechtigkeit genauso wie bei den PDS-WählerInnen deutlich Platz 1 ein, dann folgen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik auf Platz 2 und 3.

Als Gründe zum Wechsel weg von der SPD werden mangelnde soziale Gerechtigkeit (38%), Wirtschafts- (32%), Arbeitsmarkt- (28%) und Umweltpolitik (26%) genannt.

Die Grünen beweisen wieder einmal die Stabilität des traditionellen Images Umweltpolitik. Mehr als 70% der Parteiwechsler nannten dieses Thema als entscheidend für ihre Parteipräferenz.

Tab. 6: Wahlentscheidende Themen der Parteiwechsler (in %) – Mehrfachnennung möglich

	CDU/CSU	Grüne	PDS	FDP
Gesamtes Bundesgebiet				
Steuer-/Wirtschaftspolitik	47	16	31	53
AusländerInnenpolitik	15	12	12	14
Arbeitsmarktpolitik	32	17	38	34
Innere Sicherheit/Kriminalität	17	4	15	13
Umweltpolitik	6	70	8	6
Soziale Gerechtigkeit	26	32	57	30
Außen- und Sicherheitspolitik	6	14	6	7
EU-Beitritt der Türkei	6	2	1	2
Alte Bundesländer				
Steuer-/Wirtschaftspolitik	49	17	39	53
AusländerInnenpolitik	17	12	17	15
Arbeitsmarktpolitik	29	17	29	33
Innere Sicherheit/Kriminalität	18	4	9	14
Umweltpolitik	6	69	7	7
Soziale Gerechtigkeit	23	32	56	30
Außen- und Sicherheitspolitik	7	15	8	8
EU-Beitritt der Türkei	7	2	1	2
Neue Bundesländer				
Steuer-/Wirtschaftspolitik	39	14	25	51
AusländerInnenpolitik	7	10	9	8
Arbeitsmarktpolitik	45	15	43	41
Innere Sicherheit/Kriminalität	13	5	19	5
Umweltpolitik	7	72	8	5
Soziale Gerechtigkeit	37	37	58	33
Außen- und Sicherheitspolitik	3	13	5	4
EU-Beitritt der Türkei	3	2	1	0

Quelle: Infratest-Dimap

2.2) SPD

Laut Infratest-Dimap war analog zu den Landtagswahlen des letzten Jahres und der Hamburger Bürgerschaftswahl vom Februar auch diesmal die Meinung weit verbreitet (58 Prozent), die SPD verdiene am Wahlsonntag einen Denkkzettel. Wahlwirksam wurde diese Haltung bei der Europawahl vor allem dadurch, dass von denen, die im Herbst 2002 noch SPD gewählt haben, besonders viele diesmal zu Hause blieben (Infratest, 2004: 1). Die SPD konnte fast 11 Mio. Wählerinnen und Wähler im Vergleich zur Bundestagswahl nicht mobilisieren.

Die SPD hat in drei Gruppen am stärksten verloren: bei den jüngeren WählerInnen, den Erwerbslosen und den ArbeiterInnen.

- Insbesondere bei den jüngeren WählerInnen haben die Sozialdemokraten weiter an Boden verloren. Bei den unter 35jährigen sind sie bei dieser Wahl mit 19% (-6%) nunmehr auf Augenhöhe mit den Grünen. Ähnlich wie früher bei der Union steigt nun der Zuspruch zur SPD mit dem Alter. Die SPD schafft es nur bei den 44- bis 59jährigen (24%) sowie den über 60jährigen (25%) leicht über den Durchschnitt.
- Weniger als ein Viertel der ArbeiterInnen machte das Kreuz bei der SPD.
- Ähnlich stellt sich der Rückgang bei den Arbeitslosen und den Gewerkschaftsmitgliedern dar.

2.3) Union

Die CDU/CSU profitierte vom geringen Ansehen der Bundesregierung. 85 Prozent der Unions-Wähler verstanden ihr Votum als Kritik an Rot-Grün. Zudem konnte die Union bei dieser Wahl darauf bauen, dass sie in fast allen Feldern – und hier insbesondere den wirtschaftsnahen – das größte sachpolitische Ansehen aller Parteien genießt. Der Union wird aber – wie auch in den vorhergehenden Jahren – die größte europapolitische Kompetenz zugetraut. Laut Forschungsgruppe Wahlen benannten 31% die Union als Partei, die in ihrem Sinne Europapolitik mache. Rund 40% konnten jedoch keine kompetente Partei benennen (KAS 2004: 2).

Auch der Union ist es bei dieser Wahl nicht gelungen, ihre AnhängerInnen im Vergleich zur Bundestagswahl zu mobilisieren – 7.640 Mio. ehemalige Unions-WählerInnen blieben den Wahlurnen fern.

Die CDU hat in Berlin das mit dem Bankenskandal 2001 verlorene Vertrauen noch nicht zurückgewonnen. Sie verliert in der Bundeshauptstadt mit insgesamt -8.6% am stärksten und fährt damit 1.1% mehr Verluste ein als die regierende SPD.

In Mecklenburg-Vorpommern hätte die CDU mit 42.2% wie 1999 die absolute Mehrheit der Stimmen bei einer Landtagswahl gewonnen. Der Abstand zu rot-rot hat sich dort leicht vergrößert.

2.4) Grüne

Im Unterschied zur Europawahl 1999 waren die Grünen vom Stimmungstief der Bundesregierung weit weniger betroffen. Während nur 25% mit dem großen Koalitionspartner SPD zufrieden waren, wurde die Arbeit des kleinen Regierungspartners von 35% positiv bewertet.

Basis des Grünen-Ergebnisses bildeten nach Infratest-Dimap Vertrauensgewinne in der Umwelt- und Außenpolitik sowie in der Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Aber auch was Europa angeht, zeigten die Grünen Profil. Mehr als jeder Zweite bescheinigte der Öko-Partei laut Infratest-Dimap besonders fähige Außen- und Europapolitiker in ihren Reihen zu haben. Hierfür steht neben dem populären Bundesaußenminister auch Daniel Cohn-Bendit, der im Wahlkampf von allen Spitzenkandidaten zur Europawahl die mit Abstand größte Bekanntheit besaß. Die Ergebnisse der Wahltagsbefragung zeigen, dass die Grünen ihre traditionell starke Stellung bei den Höhergebildeten besonders stark ausbauen konnten: ein Fünftel von ihnen setzte sein Kreuz bei der Öko-Partei. Damit hat sie unter den Höhergebildeten die SPD überrundet. Zusammengefasst gelang es den Grünen, sich mit einem authentisch auf Europa konzentrierten Wahlkampf und durch den Einsatz ihrer bekannten Politiker Joschka Fischer, Daniel Cohn-Bendit, Cem Özdemir von der rot-grünen Bundespolitik in Deutschland abzusetzen, ohne sich von ihr zu distanzieren. Diese Strategie ist aufgegangen. Den Grünen wird einerseits Durchsetzungsfähigkeit in der Regierung bescheinigt. Darüber hinaus scheint sich bei dieser Europawahl eine Entwicklungslinie, die bei der Debatte um die Gründung möglicher Linksparteien (ASG, Wahlalternative) bereits festzustellen war, zu bestätigen: Die Grünen tauchen bei der Kritik der Agenda 2010 nicht mehr auf – diese Kritik an rot-grüner Politik konzentriert sich auf den roten Akteur, die Sozialdemokratie. Links von denen soll eine Partei gegründet werden – was heute links von den Grünen ist, scheint ungeklärt. Möglicherweise ist es schon die SPD?

Die Grünen können im Unterschied zur FDP von sich behaupten, sich in Ostdeutschland zurückgemeldet zu haben. Andererseits hat es, wie das Beispiel Thüringen zeigt – bei der wirklich wichtigen landespolitischen Wahl zum Einzug in den Landtag nicht gereicht. Ihr Hauptproblem auch 14 Jahre nach der Vereinigung, dass sie aus Sicht von 63 Prozent der Wähler auf die besonderen Probleme des Ostens keine Antworten anbieten kann (Infratest-Dimap 2004: 2).

In Berlin gelang den Grünen mit 22.4% erstmals der Sprung auf Platz 2 der Parteienskala. SPD und PDS rutschten damit auf Platz 3 bzw. 4 der Parteienskala. Dieses Ergebnis muss gesondert überprüft werden. Für die Grünen votierten in Berlin 210.000 WählerInnen, rund 90.000 mehr als bei der vorigen Europawahl. Damit wuchs ihr Stimmenanteil um 10.2%. Dieser Zuwachs, der mit 10.1% und 10.7% im West- wie im Ostteil der Stadt zu verzeichnen war, bescherte den Grünen das bei weitem beste Landesergebnis ihrer Geschichte (Landeswahlleiter Berlin 2004: 1).

Die PDS-Berlin sollte mit Blick auf die kommenden Wahlen ernsthaft darüber nachdenken, in den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow und Mitte Wählerwanderungsanalysen sowie spezielle Wahlbefragungen durchzuführen, wenn sie einerseits die dortigen Wahlkreise für die Abgeordnetenhauswahlen erhalten und die Wiederholung eines Wahlergebnisses wie für Christian Ströbele bei der Bundestagswahl 2002 ernsthaft verhindern möchte. In den ostdeutschen Ländern gelang den Grünen in Thüringen (5.5%), in Sachsen (6.1%) sowie in Brandenburg (7.8%) der Sprung über die 5%-Hürde. Den größten Zuwachs konnten sie im wahlkämpfenden Brandenburg (+4.5%) verbuchen.

2.5) FDP

Die FDP lag im Kompetenzurteil der Bürger diesmal etwas besser als 1999. Zwar wurde die Bedeutung der deutschen Liberalen für Europa weniger erkannt als bei den Grünen, immerhin 49 Prozent der Bürger vertraten jedoch die Position, auch die FDP würde in Europa gebraucht.

3) Die PDS bei der Europawahl 2004

a) Allgemein

Das bundesweite Ergebnis zeigt, dass die PDS wieder einmal von der Nichtwahl profitiert hat. Der PDS ist es zudem auch bei der Europawahl gelungen, die SPD in den neuen Bundesländern weit zu überrunden und auf den dritten Platz im Parteiengefüge zu verweisen. Laut Forschungsgruppe Wahlen wollen zwei Drittel der Ostdeutschen die PDS generell nicht missen. Immerhin noch die Hälfte ist der Ansicht, auch in Europa werde die Partei gebraucht.

Die Ergebnisse der PDS im Westen sind unterschiedlich interpretierbar. Einerseits besteht weiterhin eine frappierende Kluft zwischen den Ergebnissen in Ost und West. In den westlichen Hochburgen erreicht die PDS ein Zehntel der durchschnittlichen Stimmenanteile Ostdeutschlands. Andererseits hat der Stimmenzuwachs im Westen den Stimmenverlust in den Ländern Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt (-105.710) mehr als nur kompensiert: Es bleibt ein Positivsaldo der Westländer zu den genannten vier Ostländern von +17.206 Stimmen. Dies ist fast so viel wie das Ergebnis von Hamburg und Bremen zusammengenommen.

Der Zuspruch für die PDS war nach Angaben von Infratest-Dimap bei Arbeitslosen und bei Rentnern besonders hoch. Die auf soziale Gerechtigkeit ausgerichtete Wahlkampagne scheint hier gewirkt zu haben. Bei diesem Ergebnis ist auch keine signifikante Differenz zwischen Ländern mit bzw. ohne Regierungsbeteiligung bekannt.

Überprüft werden sollte die Stichhaltigkeit des Sonstige-Parteien-Theorems: Bereits im Vergleich zwischen der Bundestagswahl 1998 und 2002 wurde deutlich, dass die PDS dann bei Wahlen zulegen kann, wenn auch die Sonstigen Parteien zulegen, das heißt bei Wahlen, bei denen das Ergebnis und die Position der PDS schon klar (Bundestagswahl 1998) oder uninteressant (Europawahl 2004) ist. Dann scheinen die WählerInnen bereit, ihre Stimme zu streuen. Und bevor sie die Stimme an eine Kleinstpartei geben, wird sie der PDS gegeben. Auf dieser Basis kann jedoch keine Wahlstrategie aufbauen.

b) Ergebnisse nach Bundesländern

Die PDS konnte in allen westdeutschen Bundesländern mit Ausnahme von Hamburg (-2.844) absolut an Stimmen gewinnen (+77.129). Dabei legte sie im bevölkerungsreichen Land Nordrhein-Westfalen (+35.791) an absoluten Stimmen am meisten zu.

Tab. 7: Stimmenergebnisse der PDS in den Bundesländern

Bundesland	Europawahl 2004		Europawahl 1999		Veränderung in %
	Stimmenzahl	in %	Stimmenzahl	in %	
Baden-Württemberg	42.448	1.1	32.439	1.1	+0.0
Bayern	32.374	0.9	28.924	0.7	0.2
Berlin	132.447	14,4	160.580	16.7	-2.4
Brandenburg	172.175	30.8	156.313	25.8	5.0
Bremen	6.628	3.7	5.576	2.6	1.1
Hamburg	11.890	2.8	14.734	3.3	-0.5
Hessen	33.567	2.1	29.224	1.6	0.5
Mecklenburg-Vorpommern	130.851	21.7	165.597	24.3	-2.6
Niedersachsen	42.347	1.8	32.077	1.2	0.5
Nordrhein-Westfalen	112.480	2.1	76.689	1.3	0.8
Rheinland-Pfalz	20.484	1.2	15.044	0.8	0.4
Saarland	8.799	2.0	4.836	1.0	1.0
Sachsen	367.105	23.5	391.126	21.0	2.5
Sachsen-Anhalt	194.729	23.7	213.539	20.9	2.8
Schleswig-Holstein	13.763	1.8	11.594	1.4	0.3
Thüringen	257.606	25.3	229.453	20.6	4.7

Quelle: Bundeswahlleiter

Aus diesen Ergebnissen lässt sich kein Rückschluss auf eine personenbezogene Wahl der PDS im Sinne einer Abstimmung für Wagenknecht, Pflüger oder andere Personen ableiten. Gewählt wurde die PDS als Gesamtpartei. Eine entsprechende Debatte sollte nicht begonnen werden.

War bei der Bundestagswahl 2002 der Osten maßgeblich für die Wahlniederlage der PDS verantwortlich, so hat er bei dieser Wahl den Sieg erst maßgeblich ermöglicht. Dennoch und für die Einschätzung der Bedeutung des Westens nicht zu unterschätzen: Ohne die Stimmenzuwächse im Westen, der die Stimmenverluste im Osten in wesentlichem Maße kompensierte, wäre der PDS-Erfolg nicht möglich gewesen. Dies beweist: Eine dauerhafte Zukunft der PDS wird es nur durch signifikante Stimmenzuwächse im Westen geben.

In den ostdeutschen Ländern hat die PDS in Brandenburg (+15.862) und in Thüringen (+28.153)

an absoluten Stimmen zulegen können. In den anderen ostdeutschen Ländern² hat sie insgesamt an absoluten Stimmen verloren (-105.710). Auch im wahlkämpfenden Sachsen gingen der PDS absolute Stimmen verloren (-34.746).

Im Osten haben insbesondere die wahlkämpfenden Länder Brandenburg und Thüringen diesen Wahlerfolg möglich gemacht. Beteiligt am Erfolg war auch das bevölkerungsreiche Sachsen – wenngleich der dortige Landesverband die Gründe für das Absinken der absoluten Stimmenzahl mit Blick auf seine Mobilisierungsfähigkeit bei der Landtagswahl überprüfen sollte.

In Brandenburg gelang der PDS erstmals der Sprung auf Platz 1 der Parteiskala. Der Abstand zur CDU beträgt 6.8% (24.0) zur SPD 10.2% (20.6). In den Ländern McVoPo, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt liegt die PDS jeweils deutlich vor der SPD.

In Ostberlin liegt die PDS mit 33% an der Spitze der Parteiskala. Realisiert wurde dieses Ergebnis in Marzahn-Hellersdorf (40.2%), Lichtenberg (43.0%) sowie in Treptow-Köpenick (33.5%). In den West-Ost-Bezirken Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg aber auch in Pankow gelang den Grünen der Sprung auf Platz 1 der Parteiskala. In Friedrichshain-Kreuzberg erhielten die Grünen 42.0%.

Ein riesiger Erfolg ist die Tatsache, dass die PDS an diesem Wochenende nicht nur in Thüringen ihr bestes Wahlergebnis bei einer Landtagswahl realisieren konnte, sondern auch erstmals bei einer Wahl die Parteiskala anführt (Brandenburg).

c) Erst- bzw. JungwählerInnen

Der PDS ist es bei der Europawahl wie bei der Bundestagswahl 2002 im Unterschied zu den vorangegangenen Wahlen nicht gelungen, ihr gutes Abschneiden bei den Jungwählerinnen und -wählern zu wiederholen. Sie schnitt 2002 in allen Altersgruppen mit 4% gleich ab, verlor bei den Altersgruppen zwischen 18 und 44 Jahren jeweils 2% und büßte im Vergleich zur Bundestagswahl noch einmal 1% bei den U-30-WählerInnen ein. Wie bei der Bundestagswahl 2002 gelang den Freidemokraten und den Grünen eine Steigerung ihres Ergebnisses. Die Grünen legten 2002 um 2% zu und verbesserten dieses Ergebnis um weitere 7%, während sich die FDP 2002 um 3% steigerte und dieses Ergebnis um weitere 5% ausbaute (Hoff 2002: 5).

Es bietet sich an, den Veränderungen im Erst- und JungwählerInnenbereich eine gesonderte Auswertung im Bundeswahlbüro zu widmen. Diese Veränderungen können nicht einseitig auf veränderte Sozio-Strukturen im Jugendbereich geschoben werden, dies ist auch eine Imagefrage für die PDS, der es im Unterschied zu den anderen beiden Bundestagskleinparteien nicht gelungen ist, entsprechend attraktiv zu wirken.

d) Verlust der Verwaltungszentren?

In der Auswertung der Bundestagswahl wurde analysiert, dass die PDS insbesondere in ihren Hochburgen, die in der Regel die Verwaltungszentren der ehemaligen DDR abbildeten, verloren habe (Wittich 2002: 25). Mit Blick auf die Ergebnisse der parallel zu den Europawahlen durchgeführten ostdeutschen Kommunalwahl muss diese These auf langfristige Stichthaltigkeit überprüft werden. Der PDS gelangen wichtige Wahlerfolge in den sachsen-anhaltinischen Großstädten Halle und Magdeburg, wo sie jeweils stärkste Partei wurde. Im sächsischen Leipzig wurde sie nach einer Zitterpartie nur knapp von der bis dahin dominierenden SPD geschlagen. In Cottbus erreichte die PDS ein Ergebnis weit oberhalb von 30%. Auch in Mecklenburg-Vorpommern konnte sich die PDS in schwieriger Lage als zweitstärkste Partei behaupten.

Die geringe Wahlbeteiligung macht es nicht möglich, die These, dass die PDS über einen stabilen ostdeutschen Zweitstimmenanteil bei Bundestagswahlen von über 20% verfügen würde (Feist/Hoffmann 1999: 239), auf Stichthaltigkeit zu überprüfen. Bei der Bundestagswahl 2002 wurde ihr gerade das Nichteintreten dieses Stimmenanteils zum Verhängnis. Damals überschritt sie nur in Brandenburg mit 20.6% die 20%-Marke (Hoff 2002: 1).

² Berlin wird einschließlich Westberlin gerechnet.

Literatur:

- Feist, Ursula/Hoffmann, Hans-Jürgen (1999), Die Bundestagswahlanalyse 1998: Wahl des Wechsels, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2/1999, S. 230ff.
- Forschungsgruppe Wahlen (2004), Wahlanalyse Europawahl 2004: Debakel für die SPD – Unzufriedenheit mit Bundesregierung prägt Wahlentscheidung, http://www.forschungsgruppewahlen.de/Aktuelles/PM_Europa/.
- Hoff, Benjamin-Immanuel (2002), Die PDS und die Bundestagswahl vom 22. September 2002, Manuskript, 13 Seiten.
- Hoff, Benjamin-Immanuel (2003), Schlussfolgerungen aus der forsa-Umfrage zu den Grünen, Vermerk für den Landes- und Fraktionsvorstand der PDS-Berlin, 11 Seiten.
- Infratest-Dimap (2004), Analyse der Europawahl und Thüringenwahl: Zwei Wahlen ein Verlierer, http://www.infratest-dimap.de/wahlen/europa04/Infratest_Analyse.pdf.
- Jesse, Eckhard (2003), Die Bundestagswahlen von 1990 und 2002 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Heft 4/2003, S. 645-656.
- Konrad-Adenauer-Stiftung (2004), Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses der Europawahl in der Bundesrepublik Deutschland vom 13. Juni 2004 – Motive der Wahlentscheidung und Politische Stimmung im Vorfeld der Europawahl, bearbeitet von Viola Neu, http://www.kas.de/publikationen/2004/4821_dokument.html.
- Landeswahlleiter Berlin (2004), Die politische Landschaft Berlins hat sich dramatisch verändert, Pressemitteilung.
- PDS-Bundespartei (2004), Ab heute beginnt der Kampf um den Wiedereinzug in den Bundestag, Pressemitteilung des Parteivorsitzenden Lothar Bisky vom 14.06.2004, 2 Seiten.
- PDS-Bundespartei (2004), Der prozentual größte Wahlerfolg in der Geschichte der PDS, Pressemitteilung des Bundeswahlkampfleiters André Brie vom 14.06.2004, 1 Seite.
- SPD-Parteivorstand (2004), Europawahl 2004: Ergebnisse und Schnellanalysen. Kurzfassung des Infratest-Dimap-Berichts für die SPD und eigene Analysen. Erstellt vom Planungsstab Willy-Brandt-Haus vom 14.06.2004.
- Wittich, Dietmar (2002), Umfang und Struktur der Wählerschaft der PDS – Veränderungen im Wahljahr 2002. Studie zur Analyse der Wahlergebnisse, Berlin, 25 Seiten.

* * *